

Daniel Binswanger
Die Weltwoche, Paris

Das französische Sozialmodell

Bad Ischler Dialog der Österreichischen Sozialpartner
6. – 7. September 2006

Meine Damen und Herren, geehrte Präsidenten, wer von Paris nach Bad Ischl reist, um ein paar Überlegungen über das französische Sozialmodell anzustellen, der muss sich fühlen – trotz den Reisezeiten, die ja überschaubaren bleiben – als käme er von den Antipoden. Insbesondere im gegebenen Rahmen, am Jubiläumstreffen der Österreichischen Sozialpartnerschaft, tritt einem schlagartig ins Bewusstsein, dass Frankreich, wenn man es mit österreichischen Verhältnissen vergleicht, ein exotisches, fremdes Land, vielleicht beinahe schon ein aussergalaktischer Planet ist. In so mancher sozialpolitischer Hinsicht könnte es den hiesigen Verhältnissen kaum entgegengesetzter sein. Dies jedenfalls ist meine Ausgangshypothese, auch wenn es in so pointierter Form vielleicht ein wenig überraschen mag.

Immerhin bestehen zwischen dem Sozialstaat jakobinisch-republikanischer Prägung, wie er durch die französische Geschichte ausgeformt wurde und heute ein nur schwer zu überwindendes Beharrungsvermögen vorweist, und dem mehr korporatistischen, sowohl christlich-sozialen als auch sozialdemokratischen Wohlfahrtsmodell der zweiten Republik ein so dramatischer Unterschied denn auch wieder nicht. Die üblichen makroökonomischen Kennzahlen sind grob vergleichbar, auch wenn Österreich mit einer Staatsquote von knapp fünfzig Prozent gegenüber Frankreich, das auf gut 53 % kommt, ein spürbar weniger etatistisches Gesicht zeigt. Die Verschuldung hat vergleichbaren Dimensionen, auch wenn sie, im Gegensatz zu hiesigen Verhältnissen, in Frankreich in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist und Schuldenabbau auf ein rhetorisches Pflichtbekenntnis zur Generationengerechtigkeit beschränkt blieb. Österreich und Frankreich gehören beide in die Kulturzone des kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaates, dessen Solidaritäts- und Umverteilungsstandards zwar variieren sich aber doch - jedenfalls bis anhin - in einer nicht allzu weiten Bandbreite bewegen. Die eklatanten Unterschiede zwischen dem Österreichischen und dem Französischen Modell betreffen weniger die sozialpolitischen Standards, die zu erreichen man sich vornimmt, als die institutionellen Mechanismen, mit welchen staatspolitische und sozialpartnerschaftliche Voraussetzungen für den ökonomischen Ausgleich geschaffen werden. Um es in einem Wort zu sagen: In Frankreich herrscht in sozialpolitischen Belangen ein wohl einmaliger Etatismus vor, ein Primat des Staates – und in Folge dessen auch ein Primat des Politischen – wie er dem informellen Korporatismus österreichischer Prägung nicht entgegengesetzter sein könnte. Seit etwa zehn Jahren zeigt sich in zunehmend dramatischer Weise, dass das französische System den aktuellen Reformimperativen in keiner Weise gewachsen ist. In Frankreich selber ist seit einiger Zeit das Bewusstsein für die Schwierigkeiten, mit denen das nationale Sozialmodell zu kämpfen hat, erwacht, und es hat sich in der Folge der schweren Krise, die durch die verunglückte Arbeitsmarktreform von Premierminister de Villepin ausgelöst wurde, so verschärft, dass nun pünktlich zum politischen Saisonbeginn eine neue Reformdebatte angeschoben wurde. Es wäre sogar möglich, dass noch vor den Präsidentschaftswahlen im nächsten Mai eine Verfassungsänderung vorgenommen wird, um die entsprechenden rechtlichen Grundlagen zu schaffen.

Parteienübergreifend herrscht Konsens, dass mit allen Mitteln der „dialogue sociale“ gefördert werden müsse. Zu gut deutsch: Frankreich will auf die Stärkung der Sozialpartnerschaft zur Überwindung seiner schweren strukturpolitischen Probleme setzen. In Zeiten zu denen in anderen europäischen Ländern im Zuge etlicher Turbulenzen gelegentliche Zweifel aufkommen an der Effizienz konsensorientierter, paritätischer Vermittlungsmodelle, muss dies als ein bemerkenswerter Vorgang gelten.

Wie kann man in ein paar groben Zügen, das französische Sozialmodell skizzieren? Zunächst einmal durch zwei Rekorde: Frankreich hat die höchste Sozialausgabenquote und prozentual den höchsten Beamtenstand der Welt. Die Sozialversicherungen werden vornehmlich durch die hohe Arbeitslosigkeit – die zwar momentan etwas am sinken ist, aber immer noch um 9 Prozent liegt –, das defizitäre Rentensystem und das hervorragende, aber ebenfalls zu teure Gesundheitssystem belastet. Der Beamtenstand beläuft sich je nach Zählart bis auf 4,5 Millionen. Besonders das staatliche Erziehungssystem erweist sich als unglaublich personalintensiv. Es umfasst fast einen Drittel der Beschäftigten im öffentlichen Sektor, und zwar ohne dass damit übergrosse Erfolge erzielt würden. Trotz der gigantischen Mittel ist Frankreichs Pisa-Ranking nur mittelmässig und vor allen Dingen werden zu viele Gelder in der Grund- und Gymnasialausbildung gebunden und wird zu wenig in die Forschung und die Hochschullehre investiert. Den Universitäten fehlt es bitter an dem Geld, das in der Grundausbildung, die Wirkung, die man von ihm erwarten müsste, offenbar ohnehin nicht zu entfalten vermag.

Die Grundschulbildung wird auch deshalb so grosszügig alimentiert, weil sie nicht nur eine der für Frankreichs Nationalbewusstsein ganz zentralen Institutionen tangiert – die Ecole Républicain, welche historisch die Speerspitze des modernen laizistischen Staates darstellte – sondern auch im Brennpunkt der sensiblen Problematik steht, wie defavorisierte Jugendliche, insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund, integriert werden können. Es setzt sich heute die Einsicht durch, dass die Sozialisten unter Mitterand die falschen bildungspolitischen Weichen gestellt haben: Oberstes Ziel war es damals auf Biegen und Brechen den Prozentsatz der Abiturabschlüsse auf über achtzig zu heben. Es wurde die Hochschulbildung für alle anvisiert. Obwohl diese Vorgabe dem heutigen Imperativ, über ein hohes allgemeines Ausbildungsniveau der eigenen Volkswirtschaft einen komparativen Vorteil zu verschaffen, nicht fern zu stehen scheint, hatte sie kalamitöse Auswirkungen. Durch die stetige Verbreiterung des Kreises derer, die zum Abitur zugelassen werden, hat sich, trotz immer neuer Zuschüsse von Mitteln, das allgemeine Niveau dramatisch verschlechtert. Weil das durchschnittliche Niveau unbefriedigend ist, hat sich das Gefälle zwischen guten und schlechten Schulen innerhalb des staatlichen Schulsystems vergrössert und nicht verkleinert – was dem anfänglichen egalitären Grundgedanken direkt zuwider läuft. Schliesslich zeigt sich auch, dass zu lange Schulausbildung ungeeignet sind, die Jugendlichen in den Arbeitsmarkt einzuführen – angesichts der sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit ein dramatisches Problem. Die Rechtsregierung hat zwar versucht, den Kurs in dieser Hinsicht etwas zu korrigieren und die Ausbildung durch Berufslehre zu propagieren. Es wird sich jedoch erst noch zeigen müssen, ob die entsprechenden Massnahmen das *bac* als quasi universelles Bildungsziel auch wirklich substituieren können.

An der Bildungspolitik, geprägt durch hohe Kosten, hohen Personalstand und diskutierbare Effizienz, und an der hohen Jugendarbeitslosigkeit mit ihren dramatischen Integrationspolitischen Folgen lassen sich einige Schwierigkeiten des französischen Sozialmodells plastisch rekonstruieren. Man braucht sich nur die Ereignissequenz der Unruhen im letzten November und der Studentenproteste im Frühjahr vor Augen zu halten. Sie erinnern sich: Als im Spätherbst in den Banlieues Fahrzeuge und Fabriken brannten, wurde Frankreich auf unsanfte Weise mit den Integrationsproblemen ihrer Minderheiten – insbesondere der Franzosen maghrebischer und scharafrikanischer Herkunft konfrontiert. Rassismus und Diskriminierung haben bei diesen hoch brisanten sozialen Verwerfungen eine

Rolle gespielt – darüber ist man sich von Nicolas Sarkozy über die Arbeitgebervereinigung bis hin zu Sozialisten und Gewerkschaften einig. Ebenso unzweifelhaft ist allerdings der ökonomische Hintergrund der Krise – sprich die Jugendarbeitslosigkeit, die im nationalen Schnitt sagenhafte 22 % beträgt und demgemäss in den devaforisierten Vorstädten sehr schnell in Schwindel erregende Höhen schnellen kann. Ohne jeden Zweifel: Hier war und ist der Hebel anzusetzen, hier besteht dramatischer Handlungsbedarf.

Es scheint in dieser Perspektive nur folgerichtig die Flexibilisierung des Arbeitsrechtes für Berufsanfänger voranzutreiben. Der Zusammenhang zwischen der Hyperregulierung des französischen Arbeitsmarktes – insbesondere dem sehr hohen Kündigungsschutz – und der hohen Arbeitslosenrate ist nicht zu bestreiten. Das Ergebnis von Dominique de Villepins Versuch gegen die Banlieue-Missstände eine Massnahme zu ergreifen – und man muss hinzufügen: es wäre die einzige Massnahme geblieben weil für Subventionspakete und sonstige Sonderprogramme weit gehend das Geld fehlt – ist bekannt. Es kam zu neuen Massenprotesten, zu einer neuerlichen Paralyse des Landes und wieder einmal geschieht - nichts. Die Protestfront gegen den „*Contrat Nouvelle Embauche*“, der den Kündigungsschutz für Berufseinsteiger während zwei Jahren etwas hätte lockern und die Schwelle hätte senken sollen, um in ein Anstellungsverhältnis und eine Berufslaufbahn hineinzukommen, war unüberwindbar. Leid tragend sind all diejenigen Jugendlichen, die unter den neuen Bedingungen vielleicht eine Chance bekommen hätten auf dem Arbeitsmarkt, und die nun weiterhin in der Arbeitslosigkeit verharren müssen. Bezeichnenderweise geschah denn auch während der ausgiebigen Studentenstreiks, was sich mittlerweile fast immer ereignet, wenn die Pariser Mittelstandskinder auf die Strasse gehen, um sich gegen Schul-, Studien- oder sonstige Reformen zu wehren. Es kommt zu Zwischenfällen mit Jugendlichen aus den wirklich marginalisierten Vorstadtvierteln, welche die Demonstrationen entweder zu Diebeszügen nutzen oder ganz einfach die Provokation suchen. Das Resultat solcher Zwischenfälle ist eine sprechende Metapher der gegenwärtigen französischen Protestkultur: Die Polizei vertritt nicht mehr die Staatsmacht, welcher die Protestierenden gegenüber treten, sondern schlüpft in die Rolle eines obrigkeitlichen Ordnungsdienstes, der dafür zu sorgen hat, dass die vermeintlich revolutionären Kräfte in Ausübung ihres Protestes nicht zu Opfern der sozial wirklich marginalisierten Elemente werden. An den Banlieue-Unruhen und den späteren Studentenstreiks lässt sich das drohende Auseinanderfallen der französischen Gesellschaft in „*Haves*“ und „*not-Haves*“ ablesen: auf der einen Seite die Studenten, die auf denselben Kündigungsschutz zählen wollen, auf den ihre Eltern Anspruch machen konnten. Auf der anderen Seite ein wirklich marginalisiertes Segment der Jugend, dem es nicht mehr gelingt, sich in den sozialen Schutzzonen ein Aufenthaltsrecht zu erkämpfen.

Fatalerweise fällt es den sozialstaatlichen und politischen Mechanismen der Konfliktbewältigung nicht einfach, die „*not-haves*“ wirklich in den Prozess einzubeziehen. Im Gegenteil: Durchsetzungsfähig sind diejenigen, die der „*Präkarisierung*“ bisher entgangen sind und sich mit Händen und Füßen gegen einen Abbau der ihnen garantierten Errungenschaften zur Wehr setzen können.

Diese Abwehrhaltung wird desto stärker als eben auch der Mittelstand den heissen Atem der Pauperisierung im eigenen Nacken zu spüren bekommt. So haben sich ja trotz aller Medienkampagnen über obszöne Managergehälter und immer weiter klaffende Lohnschere, die durchschnittlichen Einkommensdisparitäten nicht vergrössert sondern verflacht. Zwar existiert eine dünne Schicht von Topverdienern aber für die grosse Masse der Arbeitnehmer nimmt das Gefälle ab.

Was war die Haltung der französischen Sozialpartner? Auch hier kann man Exemplarisches ablesen. Der Medef, d.h. die Arbeitgebervereinigung fordert seit Jahr und Tag eine Lockerung der rigiden französischen Arbeitsmarktregulierung. Allerdings war die Tragweite der Reform so bescheiden, dass sie wohl kaum realwirtschaftlichen Nutzen gebracht hätte. Im Gegensatz dazu erwies sich ihr politisches Schadenspotential als absolut gigantisch.

Villepins Strategie zielte darauf ab, zuerst eine fast nur symbolische Flexibilisierung des Arbeitsrechtes durchzusetzen und in einem zweiten Schritt zu wohl einschneidenderen Massnahmen fortzuschreiten. Er kannte seine Pappenheimer: Er wusste, dass auch die anvisierte bescheidene Lockerung auf den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften stossen würde. Zunächst unterstützten die Arbeitgeber den Premierminister, nicht weil sie an seine Reform glaubten, sondern weil sie hofften, es ginge wenigstens „in die richtige Richtung“. Als sich aber erwies, wie heftig die Opposition ausfallen würde, erschienen es dem Verband als sinnlos, grosses politisches Sympathie-Kapital abzuschreiben, um eine Reform zu verteidigen, die ohnehin nur geringe Besserungen bringen würde. Arbeitgeber-Präsidentin Laurence Parisot liess Dominique de Villepin schliesslich im Stich. Sie konnte dies umso müheloser, als sie vor der Lancierung der Reform kaum konsultiert worden war. Auch in zentralen Belangen der Sozialpartnerschaft handelt die französische Regierung immer wieder, ohne die Parteien zu konsultieren und ohne ihre Bedenken ernst zu nehmen. Während die Sozialpartner, oder jedenfalls die eine Seite, schon vorgängig in den Prozess einbezogen worden, dann hätte die ganze politische Dynamik eine andere Qualität annehmen können. Zu einem ähnlichen Schisma kam es jedenfalls schon zwischen Martine Aury, der Ministerin für Soziales in der Regierung Jospin, als sie gegen den Widerstand der Arbeitgeber die 35-Stundenwoche durchdrückte. Bis heute wird erbittert über Kosten und Effizienz der generellen Arbeitszeitverkürzung gestritten. Der Effekt der 35-Stunden-Woche auf den Arbeitsmarkt war nicht gleich null, doch er fiel bescheidener aus als gehofft, und bis heute leidet die Massnahme an einer schwachen gesellschaftlichen Akzeptanz – bei den Arbeitgebern genauso wie bei den schlecht Verdienenden, die lieber mehr Kaufkraft als mehr Freizeit hätten.

Der grösste Teil des französischen Arbeitsrechtes ist nicht in Tarifverträgen sondern in Gesetzen geregelt. Auch wenn der „runde Tisch“ funktioniert, tritt am Ende in der Regel der Staat als öffentliches Vollzugsorgan auf den Plan. Dies führt zu einer politischen Überdeterminierung der sozialen Konflikte, die der Entscheidungsfindung nur selten zuträglich ist.

Und diese Politisierung ist desto stärker, als sie nach wie vor der grösste Trumpf der Gewerkschaften bildet. Auch die dritte organisierte Macht im Dreieck von Polit-System, Wirtschaftsvertretern und Arbeitnehmern, hat sich im Streikkampf um den *Contrat Première Embauche* nach einem klassischen Muster verhalten. Zunächst fällt auf, dass die Gewerkschaften sich kompromisslos und geschlossen mobilisieren konnten in einem Kampf, den ihre Mitglieder nur sehr begrenzt tangiert. Hier wurde kein arbeitsrechtlicher Konflikt ausgetragen, hier wurde Widerstand gegen den ideologischen Erbfeind „Liberalismus“ geleistet. Bezeichnenderweise trug man gerade auf diesem Feld einen glänzenden Sieg davon: Millionen von Franzosen gingen auf die Strasse, und Dominique de Villepin ist politisch so schwer angeschlagen, dass er sich davon vielleicht nie mehr – ganz bestimmt jedenfalls nicht mehr bis zu den nächsten Wahlen erholen wird. In der brandgefährlichen politischen Sanktionsmacht der französischen Gewerkschaften liegt ihr eigentlicher Einfluss begründet. In Frankreich wird Politik zu einem guten Teil eben immer noch in der Strasse gemacht – und diese Strasse zu mobilisieren, das ist der eigentliche Hebel, der den Arbeitnehmern zur Verfügung steht.

Noch immer zählen die französischen Arbeitnehmerorganisationen zu den aggressivsten in ganz Europa – die durchschnittliche Anzahl an Streiktagen ist hoch, gelingende Verhandlungen eher die Ausnahme. Allerdings ist die reale Mobilisierungsmacht der Gewerkschaften nicht nur Zeichen der Stärke sondern auch eine Folge ihrer realen Schwäche. Der Syndikalisierungsgrad liegt in Frankreich tiefer als in irgendeinem anderen EU-Land, er beträgt gerade mal 8 Prozent. Selbst diese bescheidene Zahl liefert noch ein zu grosszügiges Bild der Repräsentativität der Arbeitnehmerorganisationen. Erstens akzeptieren die Gewerkschaften keine unabhängigen Überprüfungen ihrer Mitgliederzahlen, zweitens

haben sie grosszügigere Zugehörigkeitskriterien als in anderen Ländern üblich, und drittens ist vor allem auch das starke Gefälle zwischen dem öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft zu berücksichtigen. Während im staatlichen Sektor immerhin 25 % der Angestellten syndiziert sind, fällt die Rate in der Privatwirtschaft auf verschwindende 5%. Solche Gewerkschaften haben es in vielen Sektoren nur schon deshalb schwer glaubwürdige Tarifverhandlungen zu führen, weil sie eigentlich niemanden mehr repräsentieren. In den USA – aus Pariser Perspektive häufig nur als Reich des bösen Neoliberalismus wahrgenommen – liegt der Syndikalisierungsgrad immerhin um 50% höher als in Frankreich.

Der wichtigste Grund für die Schwäche der französischen Gewerkschaften ist allerdings ihre starke Zersplitterung. Mit je etwa 800 000 Mitgliedern liegen die beiden stärksten Formationen, die Kommunisten nahe CGT und die reformsozialistische CFDT, etwa gleich auf, gefolgt werden sie von der trotzkistischen Force Ouvrière, der Christlichsozialen CFTC und einigen kleineren Gruppierungen. Seit den neunziger Jahren hat ein stetiger Entpolitisierungsprozess eingesetzt, insofern jedenfalls als die entsprechenden Parteibindungen weitestgehend gekappt wurden oder sich wenigstens gelockert haben. Trotz der wachsenden Distanzierung zum Parteiensystem hat jedoch die Politisierung der Gewerkschaften nicht abgenommen: Es ist der Druck, denn sie über die Strasse jederzeit auf die Regierung ausüben können, der sie zu einem wirklichen sozialpolitischen Faktor macht.

Mitgliederschwäche, Zersplitterung und stetige Angriffslust bedingen sich gegenseitig. Sie entsprechen einem System, in dem die sozialpartnerschaftlichen Prozesse eher unterentwickelt und die politische Regulierung äusserst ausgeprägt sind.

Äusserst bemerkenswert, wenn auch im Grunde nur logisch ist deshalb der Parteienübergreifende Wunsch nach stärkeren Gewerkschaften. Der voraussichtliche rechte Präsidentschaftsanwärter Nicolas Sarkozy liess mehrfach verlauten, er würde sich grössere, repräsentativere Gewerkschaften wünschen: Sie hätten eher das Gesamtwirtschaftliche Wohlergehen des Lands im Blick, würden sich weniger als Interessenvertreter verstehen, und seien deshalb reformbereiter. Aus organisationssoziologischer Perspektive ist diese Analyse sicherlich stringent, und sie wird ja auch vielfach belegt, etwa von den niederländischen oder den schwedischen Erfahrungen. Auf der Linken stellt man sich auf einen ähnlichen Standpunkt. Ségolène Royal liess am 30ten August verlauten, sie wüsste sich in Frankreich Verhältnisse wie in Schweden, d.h. einen Syndikalisierungsgrad von 80 %. Eher bizarr erscheinen allerdings die Vorstellungen der Spitzensozialistin, wie ein solcher Paradigmenwechsel zu bewerkstelligen sei. Sie schlug eine Zwangsmitgliedschaft für alle Arbeitnehmer vor, womit der Syndikalismus zu einer Art obligatorischen Arbeitsrechtsversicherung geraten würde. Sofort haben sich die Gewerkschaftsführer dankend von diesem Ansinnen distanziert. Es ist für sie attraktiver eine kleine, aber schlagfertige Gegenmacht zu organisieren, als zur subventionierten Aussenstelle des Sozialministeriums zu werden.

Es bleibt so oder so recht unwahrscheinlich, dass sich Frankreich in ein zweites Schweden verwandelt – auch wenn es heute eine höhere Sozialausgabenquote und eine vergleichbare Staatsquote hat. Über die verschiedenen europäischen Sozialmodelle lässt sich trefflich streiten, obschon die endlosen Debatten über kontinentaleuropäische und angelsächsische Präferenzen zu einer Überdramatisierung der realen Unterschiede geführt hat. Vor allem aber sind die jeweiligen Modelle in einem ganz bestimmten historisch-kulturellen Kontext entstanden und lassen sich nicht einfach unbesehen in andere Polit-Systeme transplantieren. Frankreichs politische Tradition ist geprägt von der jakobinischen Hypertrophie des Zentralstaates, der Beinahe-Pattsituation zwischen Kommunisten und Gaullisten am Ende des Krieges und der schon von Tocqueville beklagten Schwäche der „*pouvoirs intermédiaires*“. Der Hauptgrund für den gewerkschaftlichen Sonderweg bleibt jedoch der Revolutionsmythos: Wer mit sozialen Anliegen auf die Strasse geht, einen Bahnhof blockiert oder ein paar Tomatenladungen auf die Autobahn kippt, der hat im

Geburtsland der Menschenrechte auch heute noch eine erstaunlich hohe politische Legitimität. Franzosen treten den Gewerkschaften nicht mehr bei; doch sie stehen ihrer kämpferischen Renitenz mit Sympathie gegenüber. In dieser historisch gewachsenen Eigenheit liegt der Schlüssel zum französischen Sonderfall. Die Regierung muss damit leben; auch wenn die grossen Streiks von 1996, von 2003 und von diesem Frühjahr, den französischen Staat zum europäischen Strukturanpassungsschlusslicht haben werden lassen.

Trotz meines Insistierens auf den kulturellen Singularitäten, welche die europäischen Sozialmodelle prägen, möchte ich in einer Schlussbetrachtung drei Punkte herausstreichen, die sich aus dem verhinderten Pariser Arbeitsreformfrühling ableiten lassen:

- Erstens: Wer auf einschneidende Reformen setzen will, sollte es vermeiden neue Schwelleneffekte zu erzielen. Es ist nicht einsichtig weshalb Unter-Fünfundzwanzigjährige auf Kündigungsschutz verzichten sollen, wenn ältere Bevölkerungsgruppen nach einem besseren Regime behandelt werden. Italien hat – unter gewerkschaftlichem Druck – einen solchen Weg beschritten und steht nun vor dem Problem der Präkarisierung einer ganzen Generation. Jugendliche sind eine schlecht organisierte Interessengruppe, doch es ist kurzsichtig wenn die nachfolgenden Generationen zur Adjustierungsvariabel der Beschäftigungslage degradiert werden. Auch im Sinne der ja schon durch die Verschuldung und die Rentenpolitik so arg strapazierten Generationengerechtigkeit dürfen gerade schwierige Reformvorhaben nicht auf den Status von Teilgruppen beschränkt bleiben.

- Zweitens zeigt der französische Sonderweg, dass schwache Gewerkschaften durchaus kein Segen für Liberalisierungsmassnahmen sein müssen. Zu guter letzt zählt immer die gesellschaftliche Akzeptanz einer Politik, und je stärker und repräsentativer die Gewerkschaften sind, desto eher ist es ihnen möglich im Entscheidungsprozess eine konstruktive Rolle zu spielen. Die Sozialpartnerschaft funktioniert in Ländern, wo alle Partner wirklich starken sind.

- Drittens bleibt es beachtlich, dass trotz aller Verschärfungen des sozialen Klimas und trotz der bevorstehenden Wahlen in Frankreich auf breiter Front der Ruf nach einer verstärkten Sozialpartnerschaft erklingt. Im Anschluss an einem in letzten April erstellten Sonderbericht versucht die Regierung den Gesetzgebungsprozess in sozialpolitischen Belangen zu revidieren, paritätische Gremien zu stärken und die Verhandlungs-Autonomie der Sozialpartner zu erhöhen. Die Gewerkschaften begegnen den Vorschlägen zwar mit Skepsis, verweigern sich dem neuen Dialogangebot aber nicht von vornherein. Frankreich ist reif für einen neuen Anlauf in der Sozialpartnerschaft. Wenn selbst an der Seine nun auf breiter Front der Ruf nach ihr erklingt, dann kann sie wirklich keine schlechte Sache sein.